

**Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen****Bremen auf dem Weg zum Gender Budgeting**

Regierungen und Verwaltungen in der EU sind längst verpflichtet, geschlechtergerecht zu handeln. In dieser Legislaturperiode soll Gender Mainstreaming als Strategie für geschlechtersensibles Verwaltungshandeln flächendeckend in allen Verwaltungen des Landes Bremen eingeführt und umgesetzt werden. Es geht darum, die Geschlechterperspektive in alle Entscheidungsprozesse zu integrieren.

Ein wichtiger Teil dieses Konzepts ist die angemessene Berücksichtigung der Geschlechterperspektive bei Aufstellung und Umsetzung öffentlicher Haushalte im Land Bremen (Gender Budgeting). Grundlage für Gender Budgeting ist, dass Finanzdaten geschlechtersensibel erhoben und ausgewertet werden. Außerdem müssen Kennziffern entwickelt werden, anhand derer ressourcenwirksame Entscheidungen analysiert, auf ihre geschlechterspezifische Wirksamkeit hin überprüft und in den Controllingberichten dokumentiert werden können.

Das Ziel von Gender Budgeting ist die Umgestaltung des Haushalts im Sinne von Gleichberechtigung für beide Geschlechter. Öffentliche Gelder sollen so eingesetzt werden, dass sie Frauen und Männern gleichermaßen zugute kommen. Je differenzierter Bedarfe erfasst werden, desto zielgenauer und effektiver kann der Mitteleinsatz erfolgen. Eine Haushaltsplanung auf der Basis geschlechtsdifferenziert aufbereiteter Daten erfüllt genau diese Anforderung.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) ist davon überzeugt, dass bei Aufstellung und Vollzug der öffentlichen Haushalte die Strategie des Gender Budgeting verfolgt werden muss, um langfristig das Ziel einer geschlechtergerechten Gestaltung öffentlicher Einnahmen und Ausgaben zu erreichen.
2. Bei der Einführung dieses komplexen und vielschichtigen Verfahrens kann das Land Bremen von den Erfahrungen anderer Bundesländer profitieren. Die Bürgerschaft wird daher kurzfristig einen breit angelegten fachlich-politischen Diskurs eröffnen, um die Strategie des Gender Budgeting auf Basis möglichst breiter Akzeptanz zu realisieren.
3. Der Senat wird aufgefordert, sich an diesem Diskurs zu beteiligen und die für den Einstieg in eine geschlechtergerechte Haushaltspolitik (Gender Budgeting) notwendigen Maßnahmen so kurzfristig wie möglich zu ergreifen.
4. Die Bürgerschaft (Landtag) bittet den Senat zu prüfen, wie schon im Doppelhaushalt 2008/2009 erste konkrete Schritte zur Einführung von Gender Budgeting (Pilotprojekte) in möglichst vielen Ressorts realisiert werden können.
5. Der Senat wird gebeten sicherzustellen, dass das Finanzcontrolling im Land Bremen möglichst rasch um den Aspekt der Geschlechtergerechtigkeit erweitert wird.
6. Der Senat wird darüber hinaus gebeten, der Bürgerschaft (Landtag) zu berichten, wie auf Basis der in Pilotprojekten gewonnenen Erfahrungen bis zum Ende der Legislaturperiode alle Verwaltungen und alle im öffentlichen Besitz befindlichen Gesellschaften im Land Bremen auf die Strategie des Gender Mainstreaming verpflichtet werden können.

Ursula Arnold-Cramer,  
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD

Doris Hoch,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen